

Solarenergie einfach abrechnen

Das Horwer Start-up EVG-Zentrum will mit einer Software den Solarstrommarkt aufmischen.

Livio Brandenberg

In den letzten Wochen strahlte die Sonne oftmals unerbittlich auf die Erdoberfläche – so auch in der Zentralschweiz. Wie eine kürzlich veröffentlichte Analyse zeigt, wird allerdings nur ein Bruchteil des Energiepotenzials der Sonne genutzt; im Kanton Luzern sind es nicht einmal ganz 5 Prozent (wir berichteten). Schweizweit ist der Schnitt mit rund 3 Prozent sogar noch tiefer.

Dies stört Cyrill Burch. Er ist Gründer und Leiter des Horwer Solarenergie-Start-ups EVG-Zentrum. Ihm und seinen Geschäftskollegen geht es aber nicht nur darum, dass die Sonne als Energiequelle zu wenig genutzt wird. In ihren Augen wird sie auch falsch genutzt. Worum geht es genau?

Bisherige Lösungen sind zu kompliziert

In den meisten Fällen wird privat erzeugter Solarstrom vollständig ins Netz eingespeist. Doch seit dem 1. Januar 2018, als das neue Energiegesetz in Kraft getreten ist, ist es einfacher, lokal produzierten Strom im eigenen Haus respektive Gebäude zu verbrauchen; die Abkürzung «EVG» steht für «Eigenverbrauchsgemeinschaft». Mit dem neuen Gesetz ist nun auch ein Zusammenschluss von mehreren Wohnungen oder sogar Parzellen zur gemeinsamen Nutzung des selbst produzierten Solarstroms möglich. Dies ermöglicht eine gesteigerte Eigenverbrauchsquote, was die Rentabilität der Anlage steigert. Aber auch bei optimiertem Eigenverbrauch wird ein Teil des Solarstroms ans öffentliche Netz abgegeben.

Um den Eigenverbrauch, beispielsweise einer Überbauung, zu organisieren, ist eben vorgesehen, dass eine EVG gegründet wird. Diese erhält dann



Das Team des Solar-Jungunternehmens EVG-Zentrum vor dem Prototyp-Haus in Horw (v.l.): Cyrill Burch, Fabian Jacobs, Luca Grossmann, Manfred Meintjes und Meinhard Meintjes (es fehlt Leo Felber).
Bild: Nadia Schärli (25. Juli 2019)

vom Energieversorger eine einzige Rechnung. Wie diese Rechnung weitergegeben wird und wie teuer der Solarstrom schliesslich ist, wird EVG-intern geregelt. Das töne alles gut, sagt Cyrill Burch, doch: «Die Berechnung und Verwaltung des Eigenverbrauchs ist bisher ziemlich kompliziert. Darum werden nach wie vor nur wenige EVGs gegründet.» Er habe dies während seines Ingenieurstudiums an der Hochschule Luzern realisiert, als er sich für das Thema zu interessieren begann.

Aus diesem Grund hat Burch begonnen, an der HSLU Gleichgesinnte zu suchen. Das Ziel:

Eine Software zu entwickeln, mit der die Abrechnung des selbstproduzierten Solarstroms anhand von einigen wenigen Klicks erstellt und an alle Parteien verschickt werden kann.

150 000 Franken Fördergelder erhalten

Mit der Software namens Zevvy (www.zevvy.ch) sei dies gelungen. «Wir haben nun eine Lösung, mit der auch kleinere Projekte abgedeckt werden können, das war bisher ein Problem, denn für diese sind die heutigen umfassenden Abrechnungssysteme zu teuer», sagt Burch. Kleinere Projekte heisst: Überbauungen mit zehn oder zwanzig Wohnungen.

Aktuell ist Zevvy als Betaversion gratis nutzbar, 170 Nutzer zählen Burch und seine Mitstreiter heute. Ab Ende Jahr wird das Tool 1 Franken pro Monat kosten, wie Burch verrät. «Unser Ziel ist es, Ende Jahr 12 zahlende Kunden zu haben.» Als Prototyp für das Projekt habe eine Familie in Horw ihr kleines Mehrfamilienhaus zur Verfügung gestellt. «Die Familie hat uns Tür und Tor geöffnet, sie liessen uns alles machen. Ohne diese Familie wären wir nicht so weit gekommen», resümiert der Jungunternehmer.

Und jetzt soll sein Start-up, welches von Anfang an von der HSLU in der Form von günstigen Büroräumen und Beratung

unterstützt wurde, richtig durchstarten: Letzte Woche erhielt Burchs Kollege Fabian Jacobs von der renommierten Gebert-Rüf-Stiftung Fördergelder im Wert von 150 000 Franken, um das Softwaretool weiterzuentwickeln. Jacobs ist der technische Projektleiter; das Geld wurde ihm zugesprochen, da er noch Student ist an der HSLU.

Das Geld bringe Freiheit und zusätzliche Motivation mit sich, der Fokus liege nun auf der einfachen Anwendbarkeit und darauf, «dass man es gerne nutzt», so Jacobs. «Denn, wenn ein solches Tool zu technisch daherkommt, schreckt das die Leute ab und sie nutzen es nicht.»

Offene Fragen nach Cyberattacke

Egolzwil Bei Meier Tobler herrscht momentan Hochbetrieb. Der Haustechnik-Anbieter mit Hauptsitz in Egolzwil ist seit Tagen mit den Folgen des gravierenden Cyberangriffs von vergangener Woche beschäftigt. In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch ist das Unternehmen von Cyberkriminellen attackiert worden, welche die IT-Infrastruktur zeitweise ausser Betrieb gesetzt haben. Mittlerweile scheinen die Notfallpläne zu greifen und der Wiederaufbau der Systeme läuft. Kunden werden ab Dienstag wieder beliefert, teilte die Firma gestern mit.

Vom Angriff betroffen waren das zentrale Warenbewirtschaftungssystem SAP, das Lagerleitungssystem, die Festnetztelefonie, die Webseite sowie alle E-Mail-Konten des an der Schweizer Börse kotierten Unternehmens. Es gebe keine Hinweise darauf, dass über die von Meier Tobler ausgehenden Mails Schadsoftware verbreitet wurde, heisst es.

Haben Hacker die Systeme verschlüsselt?

Was genau bei dem Angriff passiert ist, bleibt weiterhin unklar. SRF hatte am Freitag berichtet, dass Hacker Systeme verschlüsselt haben sollen. Ob eine Lösegeldforderung beim Unternehmen eingegangen ist, wollte Meier Tobler vergangene Woche weder bestätigen noch dementieren. Auch gestern wollte sich ein Sprecher nicht dazu äussern. Auf der Webseite der Firma heisst es, Kundendaten seien beim Angriff nicht tangiert worden.

«Die Analysen und Abklärungen laufen», sagte der Sprecher. Man stehe zudem mit den zuständigen Behörden der Melde- und Analysestelle Informationssicherung Melani sowie mit der Polizei in Kontakt.

Meier Tobler hatte seine IT-Systeme vergangenes Jahr an den Dienstleister GIA Informatik mit Sitz in Oftringen ausgelagert. Dort waren gestern ebenfalls keine Details zum Cyberangriff in Erfahrung zu bringen. (mim)

Aussichten

Die Deutsche Bank: Arroganz pur – nicht nur dort

Die Deutsche Bank baut, Sie haben das sicher gelesen, 18 000 Stellen ab, jeder fünfte Arbeitsplatz geht verloren. In London hat sich in diesen Wochen bei der Bank etwas ereignet, was man sich in Ruhe zu Gemüte führen muss: Dort wurde Hunderten von Bankern gekündigt. Diese mussten, wie das so üblich geworden ist und den hohen Respekt vor Mitarbeitenden bezeugt (es fällt mir schwer, nicht sarkastisch zu werden), sofort ihre Büros räumen.

Zur selben Zeit wurden zwei Schneider eines sehr teuren Geschäfts beobachtet, wie sie mit grossen Kleidersäcken in der Hand die Zentrale der Deutschen Bank in London verliessen. Sie hatten zeitgleich mit den Kündigungen zwei hochrangige Vertreter

des Instituts besucht: Sie nahmen an ihnen Mass für neue Anzüge. Noch deutlicher, noch krasser kann man Gleichgültigkeit und letztlich Unsensibilität kaum ausdrücken. Allerdings: Man fragt sich, wie solche «Söldner des Geldes» («Süddeutsche Zeitung») zu ihren bestens bezahlten Jobs kamen. Das ist nur mit einer Kultur zu erklären, in der es egal ist, ob Du wirklich integer bist, was Deine Motivation ist und wie viel Rückgrat und echte Menschlichkeit Du besitzt.

Wenn der aktuelle Chef der Bank, Christian Sewing, gesagt haben soll, die beiden Banker hätten sich respektlos verhalten und «uns ist der innere Kompass verloren gegangen», so hat er Recht – keine Frage. Er hat seine beiden noch nicht neu

eingekleideten Kollegen offenbar angerufen und ihnen den Tarif durchgegeben. Er gehe, so sagte er danach, davon aus, dass die beiden den Anruf nicht vergessen werden. Wahrscheinlich denken die, wen kümmerst's, das geht vorbei. Scham ist von ihnen kaum zu erwarten. Ihr Selbstbild ist so überhöht, dass dafür gar kein Raum bleibt, obgleich das Investment Banking und die Geschichte, wie die Deutsche Bank überhaupt dazu kam, ein unendliches Versagen von unsäglichen Wichtigtuern belegt.

In der Presse finden sich Stimmen, die sagen, mit den entlassenen Mitarbeitern im Investment Banking müsse man kein Mitleid haben. Dazu ist festzuhalten, dass nicht jeder, der dort arbeitet, grosse Kasse macht. Auch dort gibt es

die lokalen, normal Entlohnten, deren erster Gedanke am Morgen sich nicht auf den Bonus bezieht. Sie sind von den Entlassungen härter betroffen, weil sie sich nicht die Polster schaffen konnten wie die angeblichen «Rainmakers», die kurzfristig Erfolge reichern.

Die Debatte über die Geschichte der Deutschen Bank, die dank Grössenwahnsinn in den Abgrund blickt (Milliarden wurden versenkt, nichts ist ausgestanden), könnte ein Fall sein, mit dem sich Gerichte auseinandersetzen müssen. Im Fokus: Die Frage der Verantwortlichkeit.

In Frankreich fand während zwölf Wochen ein Prozess statt, der eine andere Branche als den Bankensektor betraf.

Gegen den Telekommunikations-Giganten France Télécom (heute Orange) und gegen ehemalige leitende Angestellte wird das Pariser Strafgericht am 20. Dezember 2019 ein Urteil fällen. Mit massivem Druck und Zwangsversetzungen soll versucht worden sein, einen Stellenabbau durchzusetzen. Ab 2006 hatte France Télécom 22 000 Jobs gestrichen, die innert drei Jahren abgebaut werden sollten.

Zwischen 2006 und 2011 sollen viele Angestellte dem Druck des Unternehmens nicht standgehalten und Selbstmord verübt haben. In der Beweisaufnahme sind 39 Fälle gelistet, davon 19 Suizide. Die Staatsanwaltschaft wirft den Angeklagten die Entwicklung einer Belästigungsstrategie vor beziehungs-

weise moralische Belästigung. Also schikanöses Verhalten, welches in Frankreich einen Straftatbestand erfüllt.

Was hat das mit der Deutschen Bank zu tun? Vieles. In Zeiten der Veränderung zählen speziell der Umgang, der Stil, die Haltung. Dafür braucht man keine neuen Anzüge – auch der letzte Modeschrei endet, wie mal gesagt worden ist, im Abfallsack.



Monika Roth
Professorin für Compliance und Finanzmarktrecht an der Hochschule Luzern.